

Dr. Doeblin
Gesellschaft für
Wirtschaftsforschung mbH

Snippet 20/02

13. Juli 2020

Nächster Kanzler: Wirtschaftsjournalisten bevorzugen Söder oder Merz

Achtungserfolg für Habeck / Laschet und Scholz abgeschlagen /
Bundesregierung mit Ansehenszuwachs für Lösungsvorschläge
(*Tabellarische Ergebnisdarstellung siehe unten*)

Die Wirtschaftsjournalisten sind gespalten bei der Frage nach dem Wunschkanzler als Nachfolger von Angela Merkel. Während der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) in einer aktuellen Umfrage des Wirtschaftsforschungsinstituts Dr. Doeblin unter 165 Wirtschaftsjournalisten von 24 % als Wunschkandidat bei der nächsten Bundestagswahl in 2021 bezeichnet wird, halten 21 % den früheren Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag Friedrich Merz für die optimale Wahl.

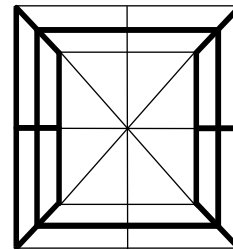
Ein respektables Ergebnis fährt der Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Grüne ein. Ihn bezeichnen 17 % der Wirtschaftsjournalisten als Wunschkandidat.

Nur relativ wenige Wirtschaftsjournalisten – jeweils 7 % – wünschen sich den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU) oder Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) als Bundeskanzler. 16 % der Befragten bevorzugen keinen der genannten Politiker. 8 % wollen sich in keiner Richtung festlegen.

Wirtschaftspolitischer Ansehenszuwachs der Bundesregierung

Bei der Frage, welche Institutionen „konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ geleistet haben, benennen fast zwei Drittel der Wirtschaftsjournalisten die Bundesregierung. Gegenüber Dezember 2019 stellt dies einen erheblichen Zuwachs von 22 % dar.

Während knapp die Hälfte der Wirtschaftsjournalisten die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für ihre Beiträge lobt – das Ergebnis ist eine leichte Verbesserung gegenüber Dezember 2019 –, kann die SPD den Journalisten ihre wirtschaftspolitische Kompetenz in der Großen Koalition nicht vermitteln. Nur noch



18 % der Wirtschaftsjournalisten – gegenüber 25 % im Dezember 2019 – würdigen die Beiträge der SPD zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Auch die FDP-Bundestagsfraktion verliert an Ansehen für ihre Wirtschaftskompetenz. 25 % der Wirtschaftsjournalisten (nach 33 % im Dezember 2019) sind von den Lösungsvorschlägen der Liberalen in einem ihrer Schwerpunktthemen beeindruckt.

Dagegen können Bündnis 90/Grüne ihr Ergebnis vom Dezember 2019 (28 %) halten. Sie genießen bei Wirtschaftsjournalisten nach der Bundesregierung und der CDU/CSU-Fraktion das höchste Ansehen für ihre Wirtschaftskompetenz.

Bei den Verbänden kann der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) mit 41 % seine Spitzenstellung verteidigen, ebenso wie die IG Metall (24 %) bei den Gewerkschaften.

Tabellarische Ergebnisdarstellung

Fragentext

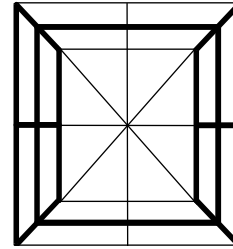
Nachdem Angela Merkel ihren Abschied für 2021 angekündigt hat, werden Politiker verschiedener Parteien in der Öffentlichkeit als Bundeskanzler-Kandidaten mit realistischen Chancen gehandelt.

Welchen dieser Kandidaten würden Sie sich als Bundeskanzler ab 2021 wünschen?

Bitte nur eine Nennung.

	<i>Alle Angaben in Prozent</i>
Markus Söder (CSU)	24
Friedrich Merz (CDU)	21
Robert Habeck (Bündnis90/Die Grünen)	17
Armin Laschet (CDU)	7
Olaf Scholz (SPD)	7
Keinen der Genannten	16
Keine Angabe	8

(Fortsetzung der Ergebnisdarstellung nächste Seite)

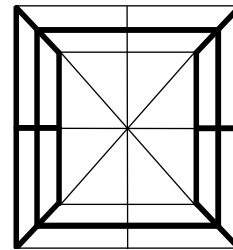


Fragentext

Gegenwärtig steht die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland auf der politischen Tagesordnung. Wie schätzen Sie die Rolle wesentlicher politischer Instanzen bei der Diskussion über dieses Thema ein? Bitte kreuzen Sie jeweils an, wo Sie meinen: diese Institution hat konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge geliefert. (Mehrfachangaben möglich)

	Dez. 2019	Juni 2020
	<i>Alle Angaben in Prozent</i>	
Politische Instanzen		
Bundesregierung	42	64
Bundestagsfraktion CDU/CSU	43	47
Bundestagsfraktion SPD	25	18
Bundestagsfraktion AfD	3	1
Bundestagsfraktion FDP	33	25
Bundestagsfraktion Die Linke	9	3
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	28	28
Wirtschaftsverbände		
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	46	41
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)	21	12
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	34	31
Gesamtmetall	14	13
Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)	27	25
Gewerkschaften		
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	25	21
IG Bergbau, Chemie, Energie	13	10
IG Metall	28	24
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di	17	15

(Technische Erläuterungen nächste Seite)



Technische Erläuterungen

Methodik	Bundesweite Online-Umfrage bei Wirtschaftsjournalisten. Die Verteilung der Journalisten auf Mediengattungen, die Position in der Redaktion und die thematische Zuständigkeit entspricht den Durchschnittsstrukturen unserer jahrelangen Wirtschaftsjournalistenbefragungen.
Zeitraum der Befragung	29.6. bis 9.7.2020
Stichprobe	165 Wirtschaftsjournalisten